

### *Des Kaisers neue Kleider*

... Als jemand aus dem Osten hatte ich tatsächlich das Gefühl, aus der Zukunft zurückgekehrt zu sein (Boris Groys). Jetzt gab es nur noch Gegenwart. Die Zukunft war in der DDR von offizieller Seite her notgedrungen positiv besetzt gewesen. Doch auch ich hatte, wie die meisten anderen, Erwartungen an die Zukunft, mit denen sich Hoffnungen auf eine bessere Gesellschaft verbanden. 1990 kam uns der Begriff der Zukunft abhanden. Zukunft konnten wir nur noch als ein graduell verbessertes Heute denken, aber nicht mehr als etwas anderes. Wir waren ja bereits in der besten aller Welten angekommen. Der Kampf war entschieden, der „Sieger der Geschichte“ stand fest. Was der Westen gemacht hatte, war richtig, was der Osten gemacht hatte, war falsch. Fortan würde nur noch gemacht werden, was richtig war.

Was unter Reagan und Thatcher bereits im Aufwind gewesen war, die Privatisierungen und Ökonomisierungen praktisch aller Lebensbereiche, aber ebenso eine Außenpolitik, die den Einsatz des Militärs mit neuer Selbstverständlichkeit zu ihren Mitteln zählt, hatte immer Widerspruch erfahren und Widerstand erlebt und seine Grenzen gefunden. Mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren diese Grenzen verschwunden, und der Widerspruch – ganz zu schweigen vom Widerstand – in den westlichen Ländern versiegte auf schier unheimliche Weise. Das Ziel, an dem sich alle politischen Entscheidungen von nun an auszurichten hatten, hieß wirtschaftliches Wachstum. Sobald ein Vorschlag, ach, ein Gedanke, in Verdacht geriet, das Wachstum zu hemmen, war dieser nicht nur in der politischen Arena, sondern auch an den Stammtischen erledigt. Politik war dazu da, Wachstum anzukurbeln. Das beste Mittel, um Wachstum zu schaffen, sollte eine allumfassende Privatisierung sein. Weniger Staat, mehr Markt. Je mehr Freiheit, desto mehr Wohlstand. Kaum jemand fragte: Freiheit für wen? Freiheit wovon? Wohlstand für wen? Worte wie Kapitalismus, Klassenkampf, Profitmaximierung oder gar Ausbeutung wurden als veraltet belächelt und im Sprachgebrauch tunlichst vermieden. Zu fragen, wer woran verdient, wem dies oder das nutzt und zu wessen Nachteil dieses oder jenes ist, galten als unfein und als Ausdruck vulgären Denkens. So verschwand eine ganze Gruppe von Worten und Fragen ausgerechnet in dem Moment, da sie notwendiger denn je gewesen wären, um die alte neue Wirklichkeit beschreiben zu können.

Die alte neue Ideologie besteht darin, die Fakten und Tatsachen so aussehen zu lassen, als handelte es sich um etwas Gegebenes, naturgesetzlich Vorgefundenes, womit wir uns abzufinden haben. Dieser Sprachgebrauch lockt von den politischen, sozialen, ökonomischen und historischen Zusammenhängen und Fragen weg und führt in Gefilde, in denen es keine Infragestellung des Status quo gibt, in denen alle Zwänge Sachzwänge sind und gegensätzliche Interessen nur an der Oberfläche existieren. Eine Sprache, die aus Geschichte Natur macht, eine Natur, die zu ändern nicht in unserer Macht steht, mit der wir uns zu arrangieren, an die wir uns zu gewöhnen haben. Die neu geltenden Spielregeln wurden als die einzig anstrebenswerten vorausgesetzt und verabsolutiert, wer sie nicht akzeptiert, stellt sich außerhalb des Diskurses.

Am Diskurs teilnehmen dürfen jene, die Profit „Shareholder value“ nennen, die zu demjenigen, der seine Arbeitskraft verkauft, „Arbeitnehmer“ sagen und zu demjenigen, der die Arbeit kauft, „Arbeitgeber“. Steuersenkungen für Unternehmen und Unternehmer werden „Entlastung der Investoren“ genannt, aus der Senkung der *social security* wird „Leistungskürzung für Arbeitsunwillige“, die Belastung für Arme heißt „Eigenverantwortung“, die Kürzung der Arbeitslosenhilfe wird zum „Anreiz für Wachstum“,

die Senkung der geringsten Einkommen wird als „globale Konkurrenzfähigkeit“ oder „marktgerechte Beschäftigungspolitik“ bezeichnet, Gewerkschaften, die für Flächentarifverträge eintreten, werden zu „Tarifkartellen“ und „Bremsern“ und so weiter. Vor kurzem hörte ich in einem Interview des Deutschlandfunks die Formulierung: „Wir müssen endlich unsere Sozialsysteme entrümpeln!“ Leider fragte der Interviewer nicht nach, was unter einer Entrümpelung der Sozialsysteme zu verstehen wäre.

„Man pflegt das Schiller-Distichon von der 'gebildeten Sprache, die für dich dichtet und denkt', rein ästhetisch und sozusagen harmlos aufzufassen“, schreibt Victor Klemperer in seiner LTI. „Aber Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen, je selbstverständlicher, je unbewußter ich mich ihr überlasse“.

Mit den Worten, die ich benutze, mit der von mir gesprochenen und geschriebenen Sprache fallen Vorentscheidungen in meinem Fühlen, Denken und Handeln. Das Bild, das ich mir von mir selbst und von der Welt mache, hängt auch davon ab, welche Worte ich wähle, welche Bedeutung ich diesen Worten als Einzelner gebe und welche Bedeutung die Gesellschaft als Ganzes ihnen gibt.

Wer die neuen Kleider nicht sieht, gilt als *unverzeihlich* dumm.

Das Attribut „unverzeihlich“ hat es in sich. Dumm wäre ja nicht so schlimm, aber „unverzeihlich dumm“ heißt: Diesen Fehler machst du nur einmal, danach bist du erledigt. Als Jugendlicher wurde mir einst von einem Radiojournalisten ein Mikrofon unter die Nase gehalten. Es ging um den Besuch von Erich Honecker in Bonn. Plötzlich sagte ich „Herr Honecker“. Mir selbst war im Moment, da ich es aussprach, klar, dass irgendetwas nicht stimmte. Die Zornesfalte auf der Stirn des Journalisten bestätigte meine Vermutung, aber ich war nicht in der Lage, mich selbst zu verbessern. Das Interview wurde abgebrochen, und ich wurde belehrt, dass ich „Genosse Honecker“ oder besser noch „Genosse Erich Honecker“ zu sagen hätte oder „Genosse Generalsekretär Erich Honecker“.

Es gibt aber auch heute wieder Worte, die – um einen schönen Vergleich von Günter Gaus aufzunehmen – wie der Geßler-Hut aus *Wilhelm Tell* gebraucht werden. Wehe, du grüßt ihn nicht, wehe du sprichst es nicht aus. „Unrechtsstaat“ ist so ein Wort geworden. Er oder sie weigert sich, die DDR einen Unrechtsstaat zu nennen.

1990 ging mir dieses Wort flott über die Lippen. Ich hatte zwar nie mit der DDR-Justiz zu tun gehabt, dennoch wusste ich: Sobald es auch nur entfernt um etwas Politisches ging, herrschte Willkür. Was da als Straftat galt – von Republikflucht bis Devisenvergehen –, zeigte ja nur, dass der Staat selbst es war, der Unrecht verübte.

Heute jedoch wäre ich vorsichtig mit diesem Begriff. Nicht weil ich meine Meinung über das eben Gesagte geändert hätte, ganz im Gegenteil! Aber im politischen Kontext der Gegenwart und zweiundzwanzig Jahre nach dem Ende der DDR ist „Unrechtsstaat“ eine zu undifferenzierte Beschreibung. Heute bedeutet es vor allem: Über einen Unrechtsstaat brauchen wir gar nicht erst zu reden, das hat sich erledigt! Durch die Bezeichnung „Unrechtsstaat“ ist alles, was in der DDR gemacht oder versucht wurde, diskreditiert und ad acta gelegt. Man anerkennt zwar die Lebensleistung der östlichen Schwestern und Brüder, gibt aber unter der Hand zu verstehen, dass ihre Arbeit eigentlich vergebliche Liebesmüh' war und ihr Traum von einer besseren Welt verblasene Ideologie. Dabei war tatsächlich manches besser und sinnvoller, als es heute ist. Angefangen bei einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch und dem Recht auf Arbeit über ein moderneres Familienrecht, ein einheitliches Gesundheitswesen mit einer vorbildlichen Krebsstatistik und Kinder- und Jugendfürsorge. Die Verwaltungskosten der einheitlichen Sozialversicherung lagen bei 0,35 %, heute betragen sie 7 %. Diese Dinge zu benennen bedeutet dann auch zu fragen: Warum müssen Ärzte wie Geschäftsleute denken? Ist das nicht unmoralisch und eine Gefährdung des ärztlichen Ethos? Und nebenbei für die Gesellschaft auch unökonomisch? Und kann eine private Versicherung, die per se verpflichtet ist, Gewinn zu machen, überhaupt im Interesse der Versicherten sein? Mit

diesen Fragen stößt man an die Grenzen unseres Systems. Über solche Fragen wird nicht diskutiert.

Was die heute herrschende Meinung dem Osten nicht verzeiht, sind die anderen Eigentumsformen. Dem Einzelnen bescherte das die Erfahrung, in einer Gesellschaft gelebt zu haben, in der Geld nicht alles war. Das auszusprechen, ohne umgehende Relativierung und Einschränkung, macht mir sofort ein schlechtes Gewissen, weil ich jetzt gleich wieder alles Unrecht aufzählen müsste, als hätte ich das noch nie getan. Doch gerade in dem Versuch, mich aus meiner devoten Haltung zu befreien, merke ich, wie sehr ich das schlechte Gewissen verinnerlicht habe. Es sind scheinbare Kleinigkeiten: So bin ich erleichtert, dass das Buch über die Treuhand nicht von einem Ostler geschrieben wurde, sondern von einem Autor, der 1974 in Hamburg geboren worden ist. Verwende ich kritische Äußerungen, so füge ich (wie auch etliche meiner Kollegen) gern hinzu, dass ja diese oder jener nicht im Verdacht steht, ein Kommunist oder Linker zu sein. Als ich eine Kollegin zitierte, fügte ich ungebeten hinzu, dass sie 1988 in den Westen gegangen sei, also mit der DDR nichts am Hut habe. Wie von Geisterhand gerät einem das Wort „ehemalig“ in den Sprachgebrauch, wenn von der DDR die Rede ist, als brauchte es diesen Zusatz, um sie in die Vergangenheit zu bannen. Niemandem käme es in den Sinn, vom ehemaligen Dritten Reich oder der ehemaligen Weimarer Republik zu sprechen. Doch zurück zum Beginn der neunziger Jahre. Der Westen in seiner real existierenden Form besaß nach seinem offiziellen Selbstverständnis keinen Gegenentwurf mehr, wir waren in einer alternativlosen Welt angekommen. Demokratie, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand schienen nur in einer Marktwirtschaft existieren zu können, in der es Privateigentum an Produktionsmitteln gab. Noch heute resümiert jemand wie Joachim Gauck seine mit „Freiheit“ überschriebene Rede: „Und deshalb gibt es keinen Grund für den alt-neuen Versuch, eine neue Variante von Antikapitalismus in die Debatte zu bringen.“

Wundern aber hätte man sich schon dürfen, warum die Implosion des Ostens jede Alternative zum Bestehenden aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verbannen konnte. Denn die erstarrte Gestalt des real existierenden Sozialismus wurde ja nie – zumindest nicht von der Mehrheit jener, die in ihm zu leben hatten – als Alternative verstanden. Das war ein vormundschaftlicher Staat, keine Demokratie. Und Freiheit und Demokratie waren ja die Forderungen des Herbstes 1989. Es gab kein Plakat, kein Slogan, keinen Sprachchor für die Privatisierung, keine Forderung, das Recht auf Arbeit abzuschaffen. Warum sollten Freiheit und Demokratie nicht mit dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln möglich sein? Diese Frage zu stellen wäre naheliegend gewesen. Denn gerade dort, wo nicht auf Teufel komm raus privatisiert wurde, überlebten auch größere Betriebe, wie beispielsweise Zeiss-Jena.

Diese Frage aber wurde damals nur von einigen wenigen formuliert. Gehör fand sie nicht im freiheitlichen demokratischen Medienapparat. Im Grundgesetz gibt es keinen Paragraphen, der von privatem Eigentum an Produktionsmitteln spricht. 1947 hatte selbst die neu gegründete CDU gerade in Großindustrie und Konzernen eine Bedrohung von Freiheit und Demokratie gesehen. In ihrem Ahlener Parteiprogramm von 1947 formulierte sie: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

Solche Gedanken, bleibt festzuhalten, waren spätestens nach dem Mauerfall nicht nur gestrig, sie waren unverzeihlich dumm.

**Ingo Schulze**, Unsere schönen neuen Kleider, (Gegen die marktkonforme Demokratie – für demokratiekonforme Märkte), Hanser Berlin, 2012, S. 44-52